

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 23. und 24. Mai 2018**

1. **Aktuelle Debatten**
2. **Antrag:**
„Einsetzung eines Opferschutzbeauftragten Rheinland-Pfalz“
3. **Antrag:**
**„Stipendienprogramm für Medizinstudierende
kombiniert mit einer Landarztquote“**
4. **Antrag:**
„Allianz für eine starke EU-Kohäsionspolitik“
5. **Änderungsantrag zum Gesetzentwurf:**
„Situation der Physiotherapie in Rheinland-Pfalz“

1. Aktuelle Debatten

- **„Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Hochschulen aufgrund versäumter Weichenstellungen der Landesregierung“**
- **„Rheinland-Pfalz braucht eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik: Zukunftsweisende Investitionen tätigen, Mittelstand entlasten“**

2. Antrag:

„Einsetzung eines Opferschutzbeauftragten Rheinland-Pfalz“

Opfer stärker in den Mittelpunkt rücken

Betroffener eines **Anschlags, einer Katastrophe oder auch einer schweren Straf- oder Gewalttat** zu sein, ist ein **traumatisierendes Erlebnis mit weitreichenden Folgen**. Dennoch stehen die **Täter** – gerade bei Straf- oder Gewalttaten – **oft stärker im Mittelpunkt als die Opfer**. Hier ist der Staat gefordert. Hilfsorganisationen, wie etwa der **Weißer Ring**, aber auch andere für Opferschutzfragen zuständige Institutionen leisten für Opfer **wichtige und unverzichtbare Arbeit**. Für die Betroffenen ist in einer solchen Ausnahmesituation mit starker körperlicher und seelischer Belastung aber oft nicht ersichtlich, an wen sie sich wenden können.

Für Opfer stellen sich viele Fragen

Welche **Rechte und Ansprüche** hab ich als Opfer? Wer hilft in **physischen und psychischen Notsituationen**? Wer bei der Versorgung Schwerbehinderter, z.B. mit Wohnraum oder Arbeit, oder bei der Klärung von Versicherungsfragen? Welche **Ansprechpartner und Hilfsangebote** gibt es überhaupt? Für die vielen sich stellende Fragen bedarf es eines **zentralen Ansprechpartners**, der schnell und unbürokratisch hilft und den **Weg durch die oft komplexen Verwaltungsstrukturen** weist.

Opferschutzbeauftragten einsetzen

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich für die **Einsetzung eines Opferschutzbeauftragten** des Landes Rheinland-Pfalz aus, der durch Fachbeamte des Justizministeriums unterstützt wird. Flankierend soll eine **telefonische Hotline** und eine **Internetseite** eingerichtet werden.

Der **Opferschutzbeauftragte** soll:

- eine **Lotsenfunktion** übernehmen,
- der erste **Ansprechpartner** für Opfer sein,
- Opfern grundlegende verfahrensunabhängige **rechtliche Fragen beantworten**,
- die örtliche und überörtliche **Netzwerkarbeit fördern** und Aktivitäten im Bereich der Prävention und Kommunikation im Bereich des Opferschutzes koordinieren,
- Opfern den **Zugang zu Unterstützung und Informationen erleichtern** und den Opferschutz betreffende Spezialkenntnisse bündeln,
- sich für die **Weiterentwicklung und Verbesserung des Opferschutzes** in Rheinland-Pfalz einsetzen und **Opfer** nach großen Schadensereignissen **begleiten**.
- im Rahmen des **Opferschutzberichts** über seine Arbeit und aktuelle Entwicklungen Rechenschaft ablegen.

3. Antrag:

„Stipendienprogramm für Medizinstudierende kombiniert mit einer Landarztquote“

50 Prozent der Ärzte gehen bis 2022 in den Ruhestand

Die Sicherung der Ärzteversorgung im ländlichen Raum ist ein zentrales Zukunftsthema und deshalb auch ein Schwerpunktthema der CDU-Landtagsfraktion. Warum ist das so? Das Durchschnittsalter der **Hausärzte liegt heute bereits bei 56 Jahren**. Der Anteil von Ärztinnen und Ärzten **mit einem Alter von 60 und mehr** beträgt je nach Kommune zwischen **23 und 40 Prozent**. Bis **2022** – also in weniger als fünf Jahren – muss über **die Hälfte aller Vertragsarztstellen altersbedingt nachbesetzt** werden.

Zukunftskonzept der Landesregierung fehlt

Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Seit langem ist bekannt, dass ein Ärztemangel droht, wenn nicht gezielt gegengesteuert wird. Wir haben deshalb immer wieder auf diese Problematik hingewiesen und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Allerdings hat die Landesregierung das Problem zunächst geleugnet. Jetzt setzt sie **entschei-**

dende Maßnahmen nicht oder nur unzureichend um. Ihr sog. **Masterplan ist nie wirklich evaluiert** worden. **Stipendienprogramme** nach dem Vorbild anderer Bundesländer zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung **gibt es bis heute nicht.** Die **Mittel zur Förderung der ärztlichen Versorgung** in ländlichen Räumen sind jahrelang wegen **konzeptioneller Mängel kaum abgeflossen.** Dies hat sich bis zuletzt nicht geändert. So wurden **2016** von den im Haushalt **eingeplanten 500 000 Euro** gerade einmal **rund 185 000 Euro ausgezahlt.** Und bei der selbst von der Ärzteschaft geforderten **Erhöhung der Zahl der Studienplätze für Medizin** erfolgt der Erkenntnisgewinn der Landesregierung im Schneckentempo. Über die strikte Ablehnung ist man jetzt immerhin bei der Prüfung angekommen. Notwendig ist aber Umsetzung.

Landesregierung muss sich Stipendienprogrammen öffnen

Klar ist: Die Zukunft der Ärzteversorgung in unserem Land kann nur mit einem **Bündel von Maßnahmen** gesichert werden. Dazu gehört insbesondere ein **Stipendienprogramm für Medizinstudenten**, die sich verpflichten über einen gewissen Zeitraum als Hausarzt in ländlichen Regionen tätig zu werden. Wir schlagen hier **500 Euro monatlich** vor, verbundenen mit einer **Rückzahlungsverpflichtung bei Nichterfüllung** der Förderbedingungen. Die Wirksamkeit des Programms soll nach 2 Jahren überprüft werden. Zudem bedarf es einer **Landarztquote.**

Andere Bundesländer können hier Vorbild sein. So gibt es beispielsweise in Bayern, Niedersachsen oder auch Sachsen entsprechende, unterschiedlich ausgestaltete, Fördermodelle, mit denen ganz gezielt für eine hausärztliche Tätigkeit im Anschluss an die Ausbildung geworben wird. Die Landesregierung lehnt solch Stipendienprogramme leider bislang ab. Hier muss sie dringend umsteuern.

Landarztquote einführen

Auch die Einführung einer Landarztquote kann dazu beitragen, mehr Absolventen für eine Tätigkeit als Hausarzt zu gewinnen. Bund und Länder haben deshalb in ihrem Masterplan „Medizinstudium 2020“ vereinbart, dass bis zu 10 Prozent der Medizinstudienplätze vorab an entsprechend interessierte Bewerber vergeben werden können. Sie müssen sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin für bis zu 10 Jahre in der hausärztlichen Versorgung oder von Unterversorgung bedrohten ländlichen Regionen oder Planungsbereichen zu arbeiten. Bayern, NRW und Sachsen planen die Einführung einer solchen „Landarztquote“. Diesem Beispiel sollte die Landesregierung folgen.

4. Antrag:

„Allianz für eine starke EU-Kohäsionspolitik“

Die Europäische Union garantiert **Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa**. Auch wenn die EU gerade turbulente Zeiten durchlebt – man mag sich kaum vorstellen, wie es in Europa ohne die Union aussähe. Deshalb ist es auch wichtig, **den Menschen näher zu bringen, was die EU für sie alles leistet**. Hier kommt die sogenannte EU-Kohäsionspolitik ins Spiel. Sie bündelt die **europäischen Investitionen für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt** – für ein starkes **Wir-Gefühl in einem gemeinsamen Europa**.

Kohäsionspolitik schafft Verbesserungen für alle

Die Kohäsionspolitik – ein sehr sperriger Begriff – hat ganz **lebensnahe Auswirkungen auf uns Europäer**. Sie fördert das Schaffen von Arbeitsplätzen, sorgt für moderne Infrastruktur, stärkt Aus- und Weiterbildung und sorgt so für eine Verbesserung der Lebensqualität. Auch die **Zusammenarbeit zwischen Regionen** verschiedener Mitgliedsstaaten wird durch sie ermöglicht.

Kohäsionspolitik soll sichtbarer und transparenter werden

Derzeit wird etwa ein **Drittel des Haushalts der Europäischen Union für die Kohäsionspolitik** aufgewendet. Um ein Zeichen zur Beibehaltung und Stärkung dieses Politikbereichs zu setzen, wurde im **Herbst 2017 die so genannte „Cohesion Alliance“, gegründet**. Hauptziel der Allianz ist es, die Kohäsionspolitik stärker, wirksamer, sichtbarer und zugänglicher zu machen.

Auch für Rheinland-Pfalz spielt die Kohäsionspolitik eine bedeutende Rolle, weshalb das **Land im März 2018 seinen Beitritt zur „Cohesion Alliance“** erklärt hat. Deshalb freuen wir uns auch, dass dieser **gemeinsame Antrag mit den Fraktionen von SPD, FDP und Grünen zustande** gekommen ist. **Einige der insgesamt 11 Punkte möchte ich Ihnen nennen:**

Der Landtag bekennt sich dazu, dass die Kohäsionspolitik:

1. als **Ausdruck der europäischen Solidarität** zur Überwindung des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den Regionen **mehr denn je gebraucht wird**, da sie allen Unionsbürgern unabhängig von ihrem Wohnort eine konkrete Chance gibt, die **Vorteile der Europäischen Union zu erfahren**,

2. **besser kommuniziert und** als bürgernahster EU-Politikbereich, der unmittelbare Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger hat, **vermittelt werden muss. Gerade das ist auch gegen Europaskeptizismus wichtig.**
3. dahingehend gestaltet werden soll, dass die **Regelungen zur Verwaltung und Kontrolle der EU-Strukturfonds vereinfacht werden**, damit die Regionen und Akteure die notwendige Handlungsfreiheit haben, um ihre Innovations- und nachhaltigen Wachstumspotentiale vor Ort erschließen zu können.

5. Große Anfrage:

„Situation der Physiotherapie in Rheinland-Pfalz“

Im Gegensatz zum gebührenfreien Hochschulstudium **zahlen Auszubildende** in der Physiotherapie teilweise **Schulgeld**. Das ist ein Baustein, warum einige Ausbildungen von jungen Menschen als **nicht mehr attraktiv angesehen** werden. Angesichts der **Bedeutung der Physiotherapie im Gesundheitswesen** und im Hinblick auf die demografische Veränderung unserer Gesellschaft ist die **Belastung von Auszubildenden in der Physiotherapie mit Schulgeld nicht verantwortbar**.

Landesregierung bleibt hinter eigenem Anspruch zurück

Bereits 2014 hatte die CDU-Landtagsfraktion die **Abschaffung des Schulgeldes** für Physiotherapeuten **gefordert**. 2015 hatte die Landesregierung in einer Ausschusssitzung behauptet, diese Abschaffung sei „**das kurzfristige Ziel**“ der Landesregierung (Vorlage 16/4982). Nun, über drei Jahre später, ist das noch immer nicht umgesetzt. Sie bleibt hinter dem selbst formulierten Anspruch zurück.

Antwort auf Große Anfrage offenbart Handlungsbedarf

Um mehr über die **aktuelle Situation der Physiotherapie zu erfahren** und unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die CDU-Fraktion die **vorliegende Große Anfrage gestellt**. Aus der Antwort geht klar hervor: Nach wie vor **zahlt mehr als ein Drittel der Auszubildenden** - um genau zu sein: 629 von 1614 – **Schulgeld**. Sie absolvieren ihre Ausbildung an privaten Physiotherapieschulen. Denn die schulgeldfreien Plätze in Physiotherapieschulen von Krankenhäusern bzw. Reha-Einrichtungen reichen bei weitem nicht aus.

Fachkräfte fehlen bereits jetzt

Ausweislich der Antwort der Landesregierung gibt es in Rheinland-Pfalz zurzeit **rund 9260 Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten**. Sie 'gehe davon aus, dass die Patientinnen und Patienten die erforderlichen physiotherapeutischen Leistungen erhalten'. Gleichzeitig muss sie aber einräumen, dass es bei der Gegenüberstellung von Nachfrage und Angebot zu einer **Lücke von rund 1100 fehlenden Fachkräften** kommt.

Mangel verschärft sich durch Schulgeld

Eine **Hürde für die Steigerung der Ausbildungszahlen** ist das **Schulgeld an privaten Schulen**. Das stellt auch die Landesregierung in der Antwort ausdrücklich fest. Aber dann muss sie sich die Frage gefallen lassen, warum auch **mehr als drei Jahre nach der vollmundigen Ankündigung nach wie vor Schulgeld** anfällt. Der bloße Verweis auf eine nach wie vor tätige Arbeitsgruppe reicht hier definitiv nicht aus. **Wir erwarten, dass nun zeitnah gehandelt wird.**